

Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales (ATKBJ) am 16. März 2022 im Haus des Gastes Königsfeld

---

**BEGINN:** 18.30 Uhr  
**ENDE:** 20.27 Uhr

**ENTSCHULDIGT:** Gemeinderat Heinz Kammerer und die Ortsvorsteher Armin Wursthorn und Roland Meder

**NICHT ERSCHIENEN:** ---

**ANWESEND:** Bürgermeister Fritz Link und die Gemeinderatsmitglieder Jan-Jürgen Kachler, Hans Mack, Matthias Weisser, Sabine Schuh, Franziska Hornscheidt, Marielle Lupfer und Birgit Helms, die sachkundigen Einwohner/innen Julian Schwaller, Peter Korkowski und Pfarrer Christoph Fischer.

**VON DEN ORTS-  
VERWALTUNGEN:** Die Ortsvorsteher Matthias Weisser und Tomas Lemcke.

**VON DER  
VERWALTUNG:** Andrea Hermann, Johannes Menton und Florian Kienzler sowie die Integrationsbeauftragte Baadia Abdel Moumen und der Integrationsmanager Sven Sebening.

**GÄSTE:** ---

**VON DER PRESSE:** Herr Herzog vom Südkurier und Herr Fein vom Schwarzwälder Boten.

**Zuhörer:** ---

**PROTOKOLLFÜHRERIN:** Lisa Breuer

# Gemeinde Königsfeld im Schwarzwald

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tourismus, Kultur,  
Bildung und Soziales am  
16. März 2022

## TOP 1

### **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales am 01. Dezember 2021 (Anlage)**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

## TOP 2

### **Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Keine Fragen und Anregungen.

## TOP 3

### **Touristischer Jahresbericht 2021 und Planungen 2022 - Bericht -**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 1/2022.

Kurgeschäftsführerin Frau **Andrea Herrmann** präsentiert anhand der Vorlage und einer PowerPoint-Präsentation den Jahresbericht 2021 und die Planungen für 2022.

Generell konnte aufgrund der Corona-Maßnahmen vieles nicht stattfinden, die Maßnahmen schlugen sich auch negativ auf die Teilnehmerzahlen nieder.

Man habe dennoch aktiv versucht, auf alle Lockerungen oder Änderungen zu reagieren, was aber in vielen Situationen sehr schwierig gewesen sei.

Unter Berücksichtigung aller Aspekte dürfe man jedoch trotzdem zufrieden sein.

Mit Blick auf das Jahr 2022 führt die Referentin an, dass das Erreichen der gewünschten Kennzahlen auch hier schwer werde, da deren Grundlage noch von Vor-Corona-Zeiten herrührt und momentan noch nicht davon ausgegangen werden kann, dass trotz der Lockerungen diese sofort wieder erreicht werden.

Unter Verweis auf die Zahlen der umliegenden touristischen Orte, zeige sich ihrer Ansicht nach, dass es insgesamt niemandem viel besser ergangen sei.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** mahnt, dass man mit den aktuellen Zahlen nicht zufrieden sein könne. Maßstab seien und müssten die Vor-Corona-Zeiten bleiben. Er spricht von einer existenziellen Krise in der Tourismusbranche und erinnert an die Berichterstattung der letzten Sitzung, aus welcher hervorgehe, dass die Gemeinde trotz Förderungen 70% der Verluste

selbst decken müsse. Man könne nur hoffen, dass der anstehende Wegfall der Maßnahmen eine Verbesserung mit sich bringe und die Menschen noch in Deutschland Urlaub machen möchten, denn noch ein oder zwei solcher Jahre könne man nicht durchstehen. Die Themen Gesundheit und Erholung seien zentral für den Tourismus in Königsfeld und diese könne man gut bedienen.

Außerdem bedankt sich Herr Link bei Herrn **Julian Schwaller**, dem kaufmännischen Direktor der Albert-Schweitzer-Klinik, und schließt auch die anderen Kliniken in seinen Dank ein. Diese seien Rettungsanker der Übernachtungszahlen gewesen. Die Wiedereröffnung der Klinik am Doniswald habe die Lage ein wenig stabilisieren können.

Herr Gemeinderat **Jan-Jürgen Kachler** wendet sich an Herrn **Julian Schwaller** und fragt, wie der generelle Belegungsstand der Kliniken sei. Herr **Julian Schwaller** führt aus, dass die Belegung der Kliniken mit Kurgästen sehr hoch war und ist, man allerdings klare Auswirkungen des corona-bedingten Besuchsverbots spüren konnte, da keine Partner, Familienangehörige oder Freunde an den Wochenenden zu Besuch gekommen seien. Trotz der anstehenden Lockerungen sehe er diesbezüglich noch keine Besserung, da die Einrichtungen am Besuchsverbot festhalten. Aufgrund der hohen Inzidenzen könne man die mit Lockerungen verbundenen Risiken nicht tragen. Außerdem wisse man noch nicht, wie es mit ca. 20 Mitarbeitenden weitergehe, welche noch nicht gegen Covid-19 geimpft seien und die nach Inkrafttreten der Impfpflicht für Pflegekräfte bald ausfallen könnten. Man müsse hier auf mögliche personelle Engpässe vorbereitet sein. Eine Möglichkeit, dies auszugleichen, sieht er in den aus der Ukraine kommenden Flüchtlingen, da diese in der Pflege arbeiten könnten und dies die Integration beschleunigen könne.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** bedankt sich bei Herrn **Julian Schwaller** für die Ausführungen und befürwortet die Möglichkeit, Flüchtlingen Arbeitsplätze in den Kliniken zu vermitteln, erinnert allerdings an bestehende Sprachbarrieren, welche zu Schwierigkeiten führen könnten.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** merkt an, dass die Camping-Branche boome und sie daher vor allem bei Komplettangeboten für Reisemobilisten großes Potenzial für die Angebote der Gemeinde sehe. Die 3-Welten-Card sei beispielsweise in Bad Dürkheim sehr beliebt.

Kurgeschäftsführerin **Andrea Herrmann** erklärt, dass die 3-Welten-Card diese Zielgruppe nicht erreichen konnte. Die 3-Welten-Card sei dazu da, die Gäste in touristische Einrichtungen und hochfrequentierte Angebote zu führen, die Reisemobilisten kämen aber nach Königsfeld, weil sie das Gegenteil davon suchten, nämlich Ruhe und Zeit in der Natur. Man könne sich nicht mit Bad Dürkheim vergleichen, da der Eintritt in die Therme Solemar dort der Erfolgsfaktor sei. Sie verweist zudem auf eine andere Sitzung, in welcher dies geklärt wurde.

Herr Gemeinderat **Matthias Weisser** erläutert zudem, dass der Trend immer mehr zu kleinen Wohnmobilen gehe, welche in der Regel keine Nasszellen hätten, was sich als Nachteil erweisen könne, da es in Königsfeld keine Sanitäreinrichtungen gebe.

Es ergeht einstimmig folgender

## BESCHLUSS

Der Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales nimmt den Bericht und die Planungen zustimmend zur Kenntnis.

## TOP 4

### **Busbahnhof / E-Bike-Ladepunkt (ChargerCube) - Beratung und Beschlussfassung –**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 2/2022.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** gibt eine kurze Einleitung in die Thematik und übergibt dann an Kurgeschäftsführerin **Andrea Herrmann**, welche anhand der Vorlage den Planungsentwurf vorstellt. Sie erläutert, dass durch das Nicht-Bedrucken der Rückwand und das Weglassen der Seitenteile für den Windschutz 1.500 € eingespart werden könnten, was von Herrn Bürgermeister **Fritz Link** und der Gemeindeverwaltung so vorgeschlagen werde.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** weist auf die angespannte Haushaltssituation hin, man müsse die Relationen beachten, denn hier stünden rein optische Aspekte hohen finanziellen Ausgaben gegenüber. Er bezweifle, dass man die Seitenteile als Windschutz brauche. Die Schließschranke befürworte er.

Frau Gemeinderätin **Marielle Lupfer** befürwortet das Einsparpotenzial und fragt nach der Sicherheit der Ladestation, schließlich seien es große Summen in Form von E-Bikes, welche dort verwahrt werden und aufgeladen werden und das Abschließen der Räder an den Vorderreifen sei kaum sicher. Die Versicherung für Schäden an den E-Bikes sei laut Herrn Bürgermeister **Fritz Link** allerdings Sache der Eigentümer, nicht der Gemeinde, diese sei nur für die Versicherung für Schäden an der Box und dem Schließschrank zuständig.

Herr Gemeinderat **Hans Mack** merkt an, dass auch das große Verschmutzungspotenzial und der damit verbundene Pflegeaufwand gegen die Anschaffung der Seitenteile aus Glas sprächen. Die Idee, diese aus Blech fertigen zu lassen, findet Anklang. Kurgeschäftsführerin **Andrea Herrmann** erinnert jedoch erneut daran, dass man alle Möglichkeiten bei der Gestaltung offen habe, da man Seitenteile und Bedruckung jederzeit nachrüsten könne. Des Weiteren würde Herr Gemeinderat **Hans Mack**, der selbst ein E-Bike besitzt, den Schließschrank nicht nutzen, da er Helm und Rucksack immer mitnehme und fragt sich daher, ob dessen Anschaffung sinnvoll sei. Kurgeschäftsführerin **Andrea Herrmann** erklärt, dass bisher alle Gemeinden die Schließschranke dazu genommen hätten.

Herr Gemeinderat **Hans Mack** fragt nach der Öffnung der Ladestation im Winter, da diese dort kaum genutzt werde und daher geschlossen werden könnte. Geschäftsführerin **Andrea Herrmann** erklärt, dass die Station ganzjährig offenbleibe, da man bei dem Standort hinter dem Busbahnhof kaum mit negativen Umwelteinwirkungen rechnen müsse. Eine zeltartige Möglichkeit, die Box zu schließen, wäre wieder mit Kosten verbunden.

Herr Gemeinderat **Jan-Jürgen Kachler** äußert Bedenken in Bezug auf möglichen Vandalismus in der Ladestation und fragt, ob es möglich wäre, die Öffnung in Richtung der Straße zu drehen, um den Einblick zu erleichtern, was laut Geschäftsführerin **Andrea Herrmann** jedoch wegen der Böschung nicht möglich sei.

Herr Gemeinderat **Jan-Jürgen Kachler** und Frau Gemeinderätin **Marielle Lupfer** sprechen sich für den Kauf der Schließfächer aus, da diese den Radfahrenden das Umsteigen auf den

Busverkehr erleichterten und diesen attraktiver machten, indem dort Helme und ähnliches deponiert werden könnten.

Herr Gemeinderat **Matthias Weisser** fragt, ob es eine interessante Möglichkeit wäre, die Rückwand von innen als Werbeflächen für beispielsweise den Fahrradverleih oder Freizeitaktivitäten zu vermarkten. Nach verschiedenen Meinungen ergibt sich, dass dies jederzeit nachrüstbar wäre und man sich dies offenhalten möchte.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** erkundigt sich nach dem in der Vorlage genannten Zusammenschluss der Betreibergemeinden und fragt, wer die anderen Partner seien. Herr Bürgermeister **Fritz Link** sagt, dass dies nicht eindeutig zu benennen sei, da es sich um unzählige Kommunen von Schwäbisch Hall bis zum Schwarzwald handele, deren Ziel es sei, eine flächendeckende Vernetzung zu erreichen, durch welche man mit dem E-Bike immer besser vorankäme. Man habe sich in Königsfeld schon früh für Förderungen interessiert, jedoch wurden diese nur großen Gemeinden als Knotenpunkte gewährt, daher habe man sich anderweitig kümmern müssen.

Es ergeht einstimmig folgender

## **B E S C H L U S S**

Der Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales stimmt für die Anschaffung der Schließschränke und gegen die Anschaffung der Seitenteile aus Glas und beschließt, die überplanmäßigen Ausgaben im Nachtragshaushalt aufzunehmen.

Nach Abschluss der Diskussion berichtet Herr Pfarrer **Christoph Fischer**, dass er schon mehrmals beobachtet habe, dass die Busse an der Bushaltestelle beim CuraVital nicht wüssten, wo sie halten sollen und jeder Bus unterschiedlich parke und stehen bleibe. Herr Bürgermeister **Fritz Link** bestärkt, dass dies nicht gehe und sich Herr Hauptamtsleiter **Florian Kienzler** diesbezüglich mit den Busunternehmen in Verbindung setzen solle.

## **TOP 6**

### **Albert-Schweitzer-Haus, Ortsteil Königsfeld Abrechnung des Budgets 2021/Coronabedingte Erhöhung des Gemeindefinanzierungsanteils 2021 - Beratung und Beschlussfassung -**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 3/2022.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** verweist auf die Tischvorlage und erläutert anhand dieser das Budget des Albert-Schweitzer-Hauses. Er nimmt Bezug auf die aktuellen Debatten um Atomwaffen, den Krieg in der Ukraine und wie aktuell und wichtig Albert Schweitzers Lebenswerk vor diesen Hintergründen noch bis heute sei. Er bedankt sich außerdem beim Handels- und Gewerbeverein sowie der Brüdergemeinde für die festen Zuschüsse. In normalen Jahren hätten die Einnahmen aus dem Ticketverkauf immer ausgereicht, um die Einhaltung des Budgets zu sichern, diese fehlen jedoch nun bereits im zweiten Jahr durch die

Auswirkungen der Corona-Pandemie. Man dürfe nun nicht die freiwilligen Helfer, welche den Bestand des Albert-Schweitzer-Hauses gewährleisten, dafür bestrafen, dass keine Besucher kamen, daher sollte man die entstandenen Kosten, wie im letzten Jahr, übernehmen. Herr **Link** führt außerdem aus, dass man von einem Freund Albert Schweitzers viele Bücher und vor allem Primärliteratur erhalten habe, welche nun im Haus ausgestellt werden und dessen Attraktivität weiter steigern solle. Die Kosten für Schränke oder Vitrinen wolle der Verein selbst aus einer Spende aus dem letzten Jahr bezahlen. Die Verleihung des Internationalen Albert-Schweitzer Preises wäre in Bezug auf den aktuellen Ukraine-Krieg zwar wichtig, jedoch sehe die Verwaltung in dessen Verschiebung momentan die einzige Möglichkeit, einen Teil der Kosten für das Albert-Schweitzer-Haus zu senken.

Auf die Bedenken von Herrn Pfarrer **Christoph Fischer**, die Verleihung des Preises würde dann eventuell ganz einschlafen, beteuert Herr Bürgermeister **Fritz Link**, dass aufgeschoben keinesfalls aufgehoben bedeute.

Herr Pfarrer **Christoph Fischer** und Herr Gemeinderat **Matthias Weisser** bekräftigen, dass man nun Mal kürzertreten müsse, wenn kein Geld da sei und dass eine Schließung des Hauses weitaus schlimmer wäre.

Es ergeht einstimmig folgender

### **B E S C H L U S S**

Der Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales stimmt der Abrechnung des Budgets für das Albert-Schweitzer-Haus 2021 zu und stimmt der coronabedingten Beteiligung der Gemeinde an dem Kostenanteil des Historischen Vereins Königfeld e.V. am Betrieb des Albert-Schweitzer-Hauses in Höhe von 5.665,85 EUR sowie der Streichung der Veranstaltung „IASP-Verleihung“ mit einer Einsparung in Höhe von 3.000,00 EUR als teilweise Deckungsvorschlag zu.

### **TOP 7**

#### **Prozentuale Erhöhung der Personalkapazitäten an den kommunalen Kinder-Betreuungseinrichtungen zur Schaffung eines Stellenanteils für einrichtungsübergreifenden Einsatz**

##### **- Beratung und Beschlussfassung -**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 4/2022.

Herr Hauptamtsleiter **Florian Kienzler** stellt die Thematik anhand der Vorlage vor.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** ergänzt, dass der Betrieb der Einrichtungen unter der momentanen Omikron-Welle zusammenbreche, denn nicht nur die durch Erkrankung oder Quarantäne ausfallenden Fachkräfte erschweren den täglichen Betrieb, sondern auch die Zeit, welche für die Durchführung von Schnelltests oder Hygienemaßnahmen verloren gehe, stelle einen erheblichen Mehraufwand dar, welcher von den Arbeitskräften nicht mehr gestemmt werden könne. Außerdem verweist er auf den hohen Mindestpersonalschlüssel in Baden-Württemberg, weswegen sich die Gemeinde sehr schwertue, mehr Personal zu generieren. Er verstehe jedoch auch mit Blick auf die bald hinzukommenden Flüchtlinge nicht, wie sonst die Betreuung gewährleistet werden solle. Es handele sich beim Feld der Kinderbetreuung nicht um Berufe, zu deren Ergreifung die Leute Schlange stünden, daher plädiere er auf lange Sicht

für eine Erhöhung der Mindestgruppengrößen. Als kurzfristige Lösung könne die Erhöhung der genannten Stelle um vier Arbeitsstunden pro Woche allerdings Abhilfe schaffen.

Frau Gemeinderätin **Marielle Lupfer** findet ebenfalls, dass es sich zwar um viel Geld handle, dessen Investition jedoch nötig sei, um die Betreuung zu gewährleisten, was selbst ohne Flüchtlingskinder aus der Ukraine schon schwer genug sei.

Auf Nachfrage von Herrn Gemeinderat **Jan-Jürgen Kachler** erklärt Herr Bürgermeister **Fritz Link**, dass die vier Stunden auf eine auszuschreibende Stelle für eine Mutterschaftsvertretung mit bisher 35 Stunden aufgestockt werden sollen.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** bedankt sich bei den Kindergärten und den Mitarbeitenden für deren Bereitschaft, den Mehraufwand durch die Pandemie zu stemmen. Sie zeigt sich ausdrücklich besorgt über die Auswirkungen dieser Belastung auf die Gesundheit der Betreuungskräfte und auch der Kinder und fragt, ob vier Stunden nicht bloß ein Tropfen auf den heißen Stein seien. Außerdem sehe sie die Erhöhung der Gruppengrößen kritisch.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** erwidert, dass deutlich höhere Gruppengrößen früher auch kein Problem waren. Man wolle dies aus pädagogischen Gründen natürlich nicht. Wenn Standards jedoch nichtmehr zu bezahlen seien, müsse man manche Privilegien abgeben.

Herr Pfarrer **Christoph Fischer** warnt, man dürfe pädagogische nicht mit ökonomischen Zielen vermischen, da heute höhere Erwartungen an die Kinderbetreuung gestellt würden. Er sieht einen dringenden Handlungsbedarf, auf den Städte- und Gemeindegtag zuzugehen. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, um die Abwanderung des Personals aufzuhalten und die Kommunen finanziell zu entlasten. Man müsse sich an besseren Ländern messen, die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kleinsten dürfe nicht beeinträchtigt werden. Seiner Meinung nach sei in Deutschland genug Geld vorhanden, bloß an diesen Stellen werde es nicht eingesetzt. Daher müsse es einen Appell in Richtung derer geben, von denen das Geld komme.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** widerspricht der Aussage, es sei genug Geld da. Die Reserven seien durch die Corona-Pandemie schnell aufgebraucht und die Staatsverschuldung nehme zu. All das könne man nicht mehr bezahlen, daher müsse man den Gürtel enger schnallen. Außerdem müsse man heutzutage die Betreuung sicherstellen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und möglichst vielen unterschiedlichen Ansprüchen und Interessen gerecht zu werden. Dass Kinderbetreuung und Erziehung erst ab der Grundschule Staatssache sind, sei seiner Meinung nach falsch, denn der „Rucksack für das Leben“ werde in den ersten Jahren gepackt, diesbezüglich sei er ganz bei Herrn Pfarrer **Christoph Fischer**. Er und die Verwaltung seien jedoch dafür verantwortlich, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde sicherzustellen.

Herr **Fischer** wiederholt mit Nachdruck, dass die Gemeinde das Geld dort abgreifen müsse, wo es herkomme und erhält dafür allgemeine Zustimmung.

Es ergehen einstimmig folgende

### **BESCHLÜSSE**

1. Der Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales stimmt der Erhöhung der Personalkapazitäten an den kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Schaffung eines Stellenanteils für einrichtungsübergreifenden Einsatz in Höhe von 4 Wochenstunden zu.
2. Der notwendige Jahresaufwand in Höhe von 5.520 EUR wird in den Nachtragshaushalt aufgenommen.
3. Der Stellenplan wird entsprechend geändert.

### **TOP 8**

#### **Abrechnung der Budgets für Schulen und Gemeindekindergärten für das Jahr 2021 - Beratung und Beschlussfassung –**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 5/2022.

Herr Hauptamtsleiter **Florian Kienzler** stellt die Abrechnungen anhand der Vorlage vor. Er weist darauf hin, dass es im letzten Satz des Beschlussvorschlages natürlich „2022“ anstatt „2021“ heißen müsse.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** bekräftigt das positive Ergebnis.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** fragt an, was der „Sachkostenbeitrag für Hauptschüler“ in der Budgetrechnung bedeute.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** erklärt, dass es keinen Sachkostenbeitrag für Grundschüler als Berechnungsgrundlage gebe und man daher den Sachkostenbeitrag für Hauptschüler als Vergleichswert verwendet und hiervon einen bestimmten Prozentsatz zu Rechenzwecken angesetzt habe.

Es ergeht einstimmig folgender

### **BESCHLUSS**

Die Abrechnung der Budgets 2021 der kommunalen Schulen und Kindergärten einschließlich Überträgen der anteiligen Guthaben bzw. Fehlbeträgen in das Folgejahr 2021 wird anerkannt.

## TOP 9

### **Digitalisierungsprojekte an den Grundschulen - Sachstandsbericht –**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 6/2022.

Herr Hauptamtsleiter **Florian Kienzler** berichtet anhand der Vorlage über den Sachstand.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** führt aus, dass momentan vieles ungeklärt sei. Vor allem die Wartung und Instandhaltung der nun im Zuge der Zuschüsse für die Digitalisierung der Schulen gekauften Geräte oder Anwendungen bereiten ihm Sorge und er hoffe, dass auch diesbezüglich noch finanzielle Leistungen in den nächsten Jahren vom Land zugewiesen würden.

Es ergeht einstimmig folgender

### **B E S C H L U S S**

Der Sachstandsbericht wird vom Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales positiv zur Kenntnis genommen.

## TOP 10

### **Jahresbericht Jugendreferat 2021 und Planungen 2022 - Bericht-**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 7/2022.

Herr Jugendbeauftragter **Johannes Menton** stellt den Jahresbericht anhand der Vorlage vor.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** bedankt sich bei Herrn **Menton** und weist auf eine Aktion hin, bei welcher Herr **Gapp** und der Jugendbeirat im Wald versuchen werden, die nachkommenden Fichten auszudünnen, um den nachkommenden Tannen mehr Licht zu schaffen.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** bedankt sich für Herrn **Mentons** Engagement und findet es toll, dass er auf die Jugendlichen zugehe und versuche, deren Interesse zu gewinnen. Sie betont die Wichtigkeit von Herrn **Mentons** Rolle, denn gerade junge Menschen hätten unter der Corona-Pandemie gelitten.

Herr Gemeinderat **Matthias Weisser** fragt nach, wie man beim Entfernen der herausragenden Steine auf der Mountainbike-Strecke dem Umstand entgegenwirken wolle, dass sich diese immer tiefer in den Berg eingrabe.

Herr **Johannes Menton** gibt an, man wolle geringe Mengen Wegemischung einbringen, denn obwohl man möglichst wenig ortsfremde Stoffe einbringen wolle, sei dies unumgänglich, um die Langlebigkeit der Strecke zu gewährleisten.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** betont, man hoffe, dass es gelinge, die jungen Leute wieder zu motivieren sich aktiv zu beteiligen. Aufgrund der hohen Inzidenzen seien diese zurecht zuhause geblieben. Man bräuchte sich nur Villingen-Schwenningen an der Fasnacht anzuschauen, um zu wissen, weshalb die Inzidenzen so hoch seien.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** erkundigt sich nach dem nächsten Termin für den Container für die Aktenvernichtung. Dieser sei laut Hauptamtsleiter **Florian Kienzler** voraussichtlich im Mai wieder vor Ort. Man werde die Gemeinderäte hierüber informieren.

Es ergeht einstimmig folgender

## **B E S C H L U S S**

Der Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend und Soziales nimmt den Jahresbericht des Jugendreferates für 2021 und die Planungen für 2022 zustimmend zur Kenntnis.

## **TOP 3**

### **Bericht zur Integration geflüchteter Personen in der Gemeinde Königsfeld**

#### **- Bericht-**

Beratungsgrundlage ist die Tischvorlage.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** zieht, nach Absprache mit allen Anwesenden, den TOP 10 wegen seiner Aktualität an den Anfang der Sitzung, somit ist er nun TOP 3.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** begrüßt die kommunale Integrationsbeauftragte Frau **Baadia Abdel Moumen**, welche aufgrund einer Kooperation mit Mönchweiler und Unterkirnach nun eine dreigeteilte Stelle innehat, von der ca. 40% auf Königsfeld entfallen.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** fragt, ob die schlechtere Integration von Frauen etwas mit den schlechteren Jobchancen zu tun habe.

Frau **Abdel Moumen** erklärt, dass die Frauen in vielen Fällen schlechte oder keine Deutschkenntnisse hätten und in arabischen Ländern das klassische Bild der Frau stark von der Zuständigkeit für Kinder und Haushalt geprägt sei. Frauen täten sich daher meist schwerer damit, sich zu integrieren. Außerdem seien durch die Corona-Pandemie Sprachkurse nur online möglich gewesen, was das Erlernen der Sprache zusätzlich erschwert habe.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** ergänzt, dass man die kulturellen Unterschiede nicht außer Acht lassen dürfe, denn auch wenn größere Gruppen von jesischen Flüchtlingen oft schon gut integriert seien, würden alte Gewohnheiten übernommen und hier weiterhin beibehalten.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** betont wie wichtig die Integrationsarbeit sei und übergibt das Wort an den Integrationsmanager Herrn **Sven Sebening**.

Herr **Sebening** hält seinen Bericht anhand der Vorlage.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** betont, dass für jeden Flüchtling ein eigenes Portfolio angelegt werde, was eine sehr zielorientierte Betreuung ermögliche. Außerdem bittet er Herrn **Sebening** darauf einzugehen, wie es gelinge, die Betroffenen zu einer Ausbildung oder einer Arbeitsaufnahme zu motivieren, welche Voraussetzungen hierfür nötig seien und wie man bei deren Erfüllung unterstützen müsse.

Herr **Sebening** erklärt, dass für ihn die Selbstpartizipation der Flüchtlinge wichtig sei und er diese dazu ermutige, Dinge selbst zu versuchen: etwas selbst etwas auszufüllen oder ein Bewerbungsgespräch zu führen. Sobald an diesen Stellen Hilfe von Nöten sei, stehe er als Ansprechpartner zur Betreuung bereit und helfe immer da, wo es gerade klemme. Gerade wenn Flüchtlinge durch ihre eigenen Leistungen Erfolgserlebnisse erfahren dürften, bringe dies meist die größtmögliche Motivation. Gewisse Grundvoraussetzungen, wie Sprachkenntnisse oder Umgangsformen, seien zwar wichtig. Vieles ergebe sich allerdings meist im Prozess. Die Mitgliedschaften in Vereinen oder anderen Gruppen seien sehr wichtig für den Integrations- und Entwicklungsprozess. Durch die Corona-Pandemie sei die Zahl derer, die sich in Vereinen engagieren, zwar zurückgegangen, jedoch bemerke er bereits jetzt einen Wiederanstieg des Interesses.

Auf Nachfrage von Herrn Gemeinderat **Hans Mack** erklärt Herr **Sebening**, dass ungefähr 80% der durch ihn betreuten Flüchtlinge Frauen und Kinder seien und lediglich 20% Männer.

Herr Gemeinderat **Jan-Jürgen Kachler** fragt, ob Herr **Sebening** die Flüchtlinge nur aktionsbezogen betreue, also, wenn diese auf ihn zukämen oder ob er auch von selbst auf sie zugehe und den Austausch suche. Herr **Sebening** bejaht letzteres. Der Austausch sei zwar ebenfalls durch Corona ein wenig schwieriger geworden, da jedoch viele der Flüchtlinge in oder in der Nähe des Gebäudes wohnten, in welchem sein Büro sei, seien die Wege kurz und der Austausch gut möglich.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** erkundigt sich nach den Ehrenamtlichen, welche mit den Flüchtlingen arbeiten.

Der Austausch zwischen den Flüchtlingen und den Ehrenamtlichen sei laut Herrn **Sebening** sehr wichtig, da die Ehrenamtlichen tiefere Einblicke haben, welche ihm fehlen.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** betont, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen hier sehr prägend und mit einer Patenschaft gleichzusetzen seien. Man sei sehr dankbar für die Arbeit der Ehrenamtlichen und die bereits seit Jahren existierende Bereitschaft zur Hilfe. Dies unterstütze die Arbeit der Gemeinde ungemein.

Frau Gemeinderätin **Birgit Helms** fragt nach der Situation des Haus Benigna, da hier nun schon seit längerem alle untergebrachten Flüchtlinge ausgezogen seien.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** erläutert, dass das Haus Benigna für die besondere Betreuung von Flüchtlingen angeboten war, dass alle darin untergekommenen Personen mittlerweile jedoch in Privatwohnungen umgezogen seien. Er betont erneut, dass es den Flüchtlingen in Königsfeld gut zu gehen scheine, da von 56 Flüchtlingen lediglich 6 weggezogen seien. Des Weiteren verweist er auf einen späteren Zeitpunkt in der Sitzung, da das Haus Benigna hier erneut behandelt würde.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** leitet auf den dritten Punkt, die Flüchtlingssituation in Bezug auf den Ukraine-Krieg über. Auch hier seien Frau Abdel Moumen und Herr Sebening Ansprechpartner. Herr **Link** erläutert anhand einer Power Point Präsentation den aktuellen Stand der Fluchtlage in der Ukraine und betont, dass man davon ausgehen müsse, dass die Dunkelziffer der geflüchteten Personen um ein Vielfaches höher sei. Es gebe zurzeit mehrere Projekte zur humanitären Hilfe. So hätten Bürger aus Königfeld und ein Unternehmen aus Fischbach bereits zwei Busfahrten in das polnisch-ukrainische Grenzgebiet organisiert, um Menschen zu retten und eine dritte Fahrt sei geplant. Es gebe hierfür ein Spendenkonto bei der Gemeinde. Auch allgemein sei die Bürgerbeteiligung hoch. Herr **Linkt** lobt außerdem den bewundernswerten Einsatz von Herrn Bayer und betont, dass Geldspenden momentan zielgerichteter als Sachspenden seien, da alleine eine Busfahrt in die Grenzgebiete 5.000€ koste und man bei Sachspenden nie sicherstellen könne, ob das, was gebraucht werde, überhaupt gespendet werde und es dann dort ankomme, wo es gebraucht werde. Er erklärt außerdem, dass Königfeld als unterste Verwaltungsbehörde die langfristige Unterbringung der Flüchtlinge sicherstellen müsse, da der Verlauf des Krieges und die entstehenden Schäden nicht darauf hinweisen, dass die geflüchteten Personen schnell wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Für die Unterkünfte sei es außerdem wichtig, keine zu hohen Preise zu verlangen.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** begrüßt und bedankt sich bei Herrn **Julian Schwaller**, dem kaufmännischen Direktor der Albert Schweitzer Klinik, da die Medioclin vorläufige Unterbringungsmöglichkeiten zu Verfügung stelle. Es gelte jedoch, die Flüchtenden schnellstmöglich in langfristige Unterkünfte unterzubringen, um Platz für neu Ankommende zu haben.

Man plane zwei Unterbringungsmöglichkeiten zu verfolgen: Einerseits natürlich die Suche nach privaten Wohnungen, welche angemietet werden könnten, andererseits aber auch das bereits erwähnte Haus Benigna. Es wurden bereits vier private Wohnungen bei der Verwaltung gemeldet, diese müsse man nun besichtigen und deren Geeignetheit abwägen. Das Haus Benigna wäre als Unterbringungsmöglichkeit ideal, da man die zu erwartenden 60 Flüchtlinge dort beinahe komplett unterbringen könne, insbesondere durch Doppelbelegung mit Kindern. Die Bündelung der Kapazität biete außerdem viele Vorteile für die Betreuung und Integration der Menschen. Hier ist man der Herrnhuter Brüdergemeine sehr dankbar, dass sie das Haus zur Verfügung stelle. Um das Haus mit seinen 34 Zimmern (je 15-16qm) bezugsfertig zu machen, müsse es gereinigt und mit stabilem neuem Mobiliar ausgestattet werden. Hier wolle man sich einer Sammelbestellung für die Grundausrüstung auf Kreisebene anschließen. Man gehe außerdem davon aus, dass man aus der Ausstattung der vier im Haus Benigna vorhandenen Küchen wenigstens zwei funktionstüchtige Küchen zusammenstellen könne, zwei weitere müssten dann angeschafft werden. Die Gemeinschaftsräume könne man eventuell über Möbelspenden aus der Bürgerschaft ausstatten. Man würde dann allerdings einen entsprechenden Aufruf im Mitteilungsblatt platzieren und angeben, wann und welche Spenden benötigt würden.

Bürgermeister **Fritz Link** spricht außerdem Bedenken bezüglich der hohen Kosten für die Einrichtung der Flüchtlingsunterkünfte aus. Man wisse noch nicht, welche Leistungen vom Staat übernommen werden und welche Kosten die Gemeinden selbst tragen müssten.

Frau Gemeinderätin **Marielle Lupfer** fragt, ob es auch möglich sei, anstatt für den Transport und die Busse für die Einrichtung der Unterkünfte zu spenden, was laut Herrn Bürgermeister **Fritz Link** bis jetzt nicht der Fall sei. Allerdings gebe es Überlegungen, diese Möglichkeit zu schaffen. Es würden genauere Informationen und ein entsprechendes Spendenkonto oder Kennwort dann zu gegebener Zeit bekanntgegeben.

Herr Pfarrer **Christoph Fischer** bedankt sich bei der Herrnhuter Brüdergemeine. Dank ihr seien bereits Flüchtlinge untergebracht und es gäbe auch von der evangelischen Gesamtgemeinde und den Zinzendorf Schulen Gottesdienste. Er stößt außerdem an, eine online Möglichkeit einzurichten, durch die man den aktuellen Stand über die Situation der Flüchtlinge mitverfolgen könne.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** weist auf die bereits bestehenden Formate auf Facebook und Instagram hin, zeigt sich jedoch offen, auch auf der Webseite der Gemeinde eine entsprechende Rubrik einzubinden.

Herr Gemeinderat **Hans Mack** drückt seine Hoffnung auf einen schnellen und reibungslosen Verlauf der Einrichtung der Unterkünfte im Haus Benigna aus und fragt, ob auch angedacht sei, von Bürgern kostenlos zu Verfügung gestellte Ferienwohnungen für die Unterbringung der Flüchtlinge zu verwenden.

Dies sei laut Herrn Bürgermeister **Fritz Link** für schnelle und unbürokratische Übergangslösungen, bis das Haus Benigna eingerichtet ist, durchaus erwünscht. Für eine langjährige Unterbringung von bis zu 3 Jahren oder länger seien Ferienwohnungen allerdings weniger geeignet, da vermutlich niemand so lange Zeit auf die Einnahmen verzichten möchte.

Herr Bürgermeister **Fritz Link** bedankt sich abschließend bei allen Mitarbeitern, die an dieser Thematik mitarbeiten, bei Frau **Abdel Mouden** und Herrn **Sebenig** sowie den engagierten Bürgern. Die Hilfsbereitschaft von allen Seiten sei enorm und man sei dankbar für jeden, der sich einbringen wolle.

## TOP 11

### Bekanntgaben, Verschiedenes

keine

**VORSITZENDER:**

**GEMEINDERÄTE:**

**PROTOKOLLFÜHRER**